

Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS)

– Analyse –

Der Kampf um die Wahrheit

Die Gefahren von Desinformation für
staatliche Souveränität

Autorin: Charlotte Nachtmann



KFIBS-Analyse

KFIBS-Forschungsgruppe „Europa/EU“

Nr. 5(4)

April 2026

KFIBS-Analysen bieten aufschlussreiche Beschreibungen historischer und aktueller politischer Entwicklungen. Die Beiträge zielen darauf ab, die jüngsten politischen Ereignisse darzustellen und zu erklären, einschlägige Forschungsergebnisse zusammenzufassen und Hypothesen zu zukünftigen politischen Trends und Ergebnissen aufzustellen. **KFIBS-Analysen** fördern die Diskussion und sollen so zu den laufenden Debatten im akademischen Bereich und in der breiten öffentlichen Diskussion beitragen.

Der Kampf um die Wahrheit

Die Gefahren von Desinformation für staatliche Souveränität

Autorin: Charlotte Nachtmann

Mitglied und Autorin der KFIBS-Forschungsgruppen „USA/Transatlantische Beziehungen/NATO“ und „Europa/EU“
E-Mail: charlotte.nachtmann@kfibs.org

Zusammenfassung

Präsident Emmanuel Macron verspricht den französischen Wählerinnen und Wählern auf seiner Website 100 Euro für ihre Stimme. Deutsche Hausbesitzer(innen) sollen dazu gezwungen werden, ukrainische Geflüchtete einzuquartieren. Bundeskanzler Friedrich Merz soll auf einer Privatreise nach Kanada Eisbären erschossen haben. Das sind drei Beispiele für Falschmeldungen, die gezielt ins Internet gesetzt wurden, um europäischen Führungseliten zu schaden. Sie gehören zu einer umfangreichen Desinformationskampagne im Rahmen von Russlands hybrider Kriegsstrategie gegen Europa. Systematische Desinformation soll die Grenzen zwischen Lüge und Wahrheit verwischen, dem Gegner den Bezug zur Wirklichkeit nehmen, ein Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung provozieren und vor allem das Vertrauen der Bürger(innen) in die Handlungsfähigkeit ihrer Regierungen schwächen. In diesem Informationskrieg verlieren demokratisch gewählte Eliten an Legitimität und moderne Demokratien an Volkssouveränität. Das Abwandern weiter Teile des öffentlichen Raumes ins Internet stellt ein Einfallstor für Desinformationskampagnen dar. So werden die Regeln in sozialen Netzwerken von den Tech-Giganten in den USA und in China gemacht, auch weil die Europäische Union (EU) geltendes Recht wie den *Digital Services Act* (DSA) nicht konsequent durchsetzt. Diese fehlende Verrechtlichung führt zu einem Macht- und damit auch zu einem Souveränitätsverlust europäischer Staaten über ihre digitale Infrastruktur.

Der Kampf um die Wahrheit

Die Gefahren von Desinformation für staatliche Souveränität

Charlotte Nachtmann

Präsident Emmanuel Macron verspricht den französischen Wählerinnen und Wählern auf seiner Website 100 Euro für ihre Stimme. Deutsche Hausbesitzer(innen) sollen dazu gezwungen werden, ukrainische Geflüchtete einzuquartieren. Bundeskanzler Friedrich Merz erschießt auf einer Privatreise nach Kanada Eisbären. Das sind drei Beispiele für Falschmeldungen, die gezielt ins Internet gesetzt wurden, um europäischen Führungseliten zu schaden. Sie gehören zu feindlichen Desinformationskampagnen, die – wie wir in vielen Fällen inzwischen wissen – von Russland im Rahmen seiner hybriden Kriegsstrategie gegen Europa ausgehen. Diese systematische Desinformation soll die Grenzen zwischen Lüge und Wahrheit verwischen, ein Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung provozieren und das Vertrauen der Bürger(innen) in die Handlungsfähigkeit ihrer Regierungen schwächen. Nun bauen die Legitimität und Souveränität moderner Demokratien aber auf einem grundlegenden Vertrauen vonseiten der Bevölkerung auf. Die folgenden Darstellungen möchten daher genauer beleuchten, warum russische Desinformation so eine große Gefahr für staatliche Souveränität in Europa darstellt. Ziel ist es, einerseits die Strukturmerkmale europäischer Verwaltungsstaaten und ihrer Gesellschaften zu identifizieren, die Einfallstore für Desinformationstaktiken darstellen. Andererseits sollen die Wirkmechanismen von Desinformation im Rahmen des russischen hybriden Krieges herausgearbeitet werden.

Wie Desinformation wirkt

Desinformation und Propaganda sind ein altes Werkzeug sowohl der Innenpolitik als auch der

Außenpolitik. So beschreibt der altchinesische Militärendenker Sun Tzu bereits Strategien, die darauf abzielen, den Gegner zu täuschen, seinen Willen zu beeinflussen und so im Inneren zu brechen, ohne militärisch wirklich zu siegen (Herberg-Rothe 2023). Propaganda und Desinformation verfolgen ganz ähnliche Ziele und sind schon immer Teil von Kriegsstrategien. Unsere digitalen Räume, in denen Falschinformationen nun in Echtzeit auf die Bildschirme von Userinnen und Usern auf der ganzen Welt gespült werden können, bieten für diese Art der Kriegsführung einen mächtigen Transmissionsriemen. Seit Donald Trumps Feldzügen auf X, *Truth Social* und ganz unbekümmert bei offiziellen Pressekonferenzen, Staatsbesuchen und so weiter lautet das Stichwort: *Fake News*. Aber egal, ob wir es „Desinformation“, „Propaganda“ oder „Fake News“ nennen – die Methodik dahinter gehört in den Werkzeugkasten, dem sich hybride Kriegsführung bedient.

Hybride Taktiken sollen in Gesellschaften Angst schüren, Misstrauen sähen und Druck aufbauen. Gerade Desinformation versucht, über das gezielte Verbreiten von Falschinformationen neue Tatsachen zu schaffen und damit dem Gegner den Bezug zur Wirklichkeit zu nehmen. Sie setzt an zwei Stellen gleichzeitig an: einerseits die Politik zu falschen Entscheidungen zu bringen, andererseits die öffentliche Meinung zu beeinflussen, um das Vertrauen der Bevölkerung in öffentliche Stellen zu schwächen. Die Bürger(innen) sollten ihre Staaten als schwach, korrupt, degeneriert und chaotisch wahrnehmen, um so das westliche Demokratiemodell zu destabilisieren und zum Erodieren zu

bringen. Anders als ein materieller Sabotageakt beispielsweise an einer Bahnstrecke oder die Erpressung eines Unternehmens mit gehackten Daten, findet Desinformation hauptsächlich im Informationsraum statt, heute meist digital, manchmal aber auch noch analog.

Vom Legitimitäts- zum Souveränitätsverlust

Doch was bedeutet Desinformation nun für staatliche Souveränität? Im Politiklexikon von Schubert und Klein wird (staatliche) Souveränität als „die höchste, nach innen und außen unabhängige staatliche Herrschaftsmacht und Entscheidungsgewalt“ (Schubert/Klein 2020) definiert. Für die Beantwortung der Frage ist besonders die Innendimension staatlicher Souveränität interessant. Im Falle von modernen Demokratien ist es die Legitimation der Staatsgewalt, durch welche die sogenannte Volkssouveränität, also das Staatsvolk, die innere Souveränität gewährleistet (ebd.).

Um die Wirkung von Desinformation in diesem Gefüge zu verstehen, hilft ein Blick in die Praxis: Während des letzten Bundestagswahlkampfes verklebten in Baden-Württemberg, Bayern und in Brandenburg sogenannte *Single Use Agents* im Auftrag der russischen Geheimdienstbehörden Auspuffrohre mit Bauschaum. Zu denken wäre zunächst an einen klassischen Sabotageakt. Doch an den Autos fanden sich gefälschte Wahlflyer für die Partei Bündnis 90/Die Grünen (Erb et al. 2025). Mit diesem analogen Desinformationsakt sollten gezielt potenzielle Wählerinnen und Wähler beeinflusst und einer bestimmten Partei geschadet werden.

Bekannter und in ihrer Anzahl relevanter bleiben digitale Desinformationskampagnen: Eine der bekanntesten der vergangenen Jahre ist die sogenannte Doppelgänger-Kampagne, bei der massenweise bekannte Nachrichtenwebsites wie

beispielsweise die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, *Le Monde* oder *The Guardian* gefälscht wurden. Plötzlich erschienen dort täuschend echte Schlagzeilen mit russlandfreundlichen Narrativen wie „Renten der Deutschen werden in der Ukraine verbrennen“ (F.A.Z.) oder „Ukrainer vergewaltigen unsere Frauen aus Dankbarkeit“ (WELT). Die Links zu den *Fake*-Seiten wurden jahrelang unablässig von russischen *Bots* auf sozialen Plattformen wie X oder Facebook verbreitet (vgl. Bernhard/Hock/Thust 2024 und Bundeszentrale für politische Bildung 2024).

Die große Gefahr durch Desinformation im digitalen Raum besteht vor allem in der schieren Menge. Es existieren zwar Mechanismen zur Aufdeckung, Kennzeichnung und Bekämpfung von Desinformation wie die deutsche „Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen“ im Bundesministerium des Innern oder die französische Schutzstelle „Viginum“, die dem Generalsekretariat für Verteidigung und nationale Sicherheit untersteht. Jedoch haben Gegner wie Russland durch *Chatbots* und künstliche Intelligenz (KI) die Möglichkeit, millionenfach Falschinformationen ins Netz zu setzen. Staatliche Stellen können nicht so schnell hinterherkommen, diese Falschinformationen in der Masse aufzudecken. Denn im Moment einer Richtigstellung werden wieder neue *Fake News* ins Netz gesetzt. Und auch wenn einzelne Behauptungen als Lüge enttarnt werden, bleiben die feindlichen Narrative oft genug bestehen und lassen sich nicht mehr ganz aus dem digitalen Diskurs entfernen. Ist der Zweifel am Staat und seinen Behörden einmal in die Welt gesetzt, lässt sich das Vertrauen bei der Bevölkerung kaum mehr vollständig wiederherstellen.

Angreifen, wo keiner zuständig ist

Eine Taktik hybrider Kriegsführung, die für europäische Demokratien besonders gefährlich ist,

bezeichnet die Wissenschaft als „Schnittstellenkonzept“. Gemeint ist damit das bewusste Agieren und Angreifen feindlicher Akteure an Schnittstellen zwischen klassischen Ordnungslinien. Das können die großen Schnittstellen zwischen Freund und Feind, inner- und außerstaatlichem Konflikt oder Krieg und Frieden sein, immer häufiger aber auch ganz konkret die Schnittstellen zwischen den Zuständigkeitsbereichen moderner Verwaltungsstaaten (vgl. Thiele 2023: 23f.). Ziel ist es hierbei, bestehende Unklarheiten über Zuständigkeiten zu nutzen und zu verstärken oder gezielt durch Phänomene hervorzurufen, mit denen sich die Behörden zuvor noch nie befassen mussten. Gegner wollen die Zuordnung, wer für die Problembearbeitung zuständig ist, erschweren, Entscheidungsfindungsprozesse lähmen und letztlich den Staat in seiner Reaktionsfähigkeit hemmen (vgl. ebd.). Damit ist dann wiederum ein Kernziel hybrider Kriegsführung erreicht: Der Staat wird seinen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber als handlungsunfähig dargestellt.

Wenn auch kein Beispiel für Desinformation, so zeigten die zunehmenden Vorfälle von Drohnen unbekannter Herkunft über wichtigen europäischen Flughäfen und anderer kritischer Infrastruktur, wie schnell eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die staatlichen Reaktionsmöglichkeiten entsteht. In Deutschland diskutierte die Politik, ob feindliche Drohnen abgeschossen werden dürfen und, wenn ja, von wem – von der Polizei oder von der Bundeswehr. Die Unsicherheit über Zuständigkeiten und geltendes Recht lösten Zweifel darüber aus, ob die staatlichen Behörden überhaupt in der Lage sind, die Bedrohungen durch feindliche Drohnen abzuwehren und eine wichtige Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Allein die gesellschaftliche Diskussion, ganz unabhängig davon, ob und wie schnell die Zuständigkeitsfragen geklärt sind, hinterlässt bei den Bürgerinnen und Bürgern europäischer Staaten ein

Unsicherheitsgefühl und einen Vertrauensverlust gegenüber ihren Regierungen.

Führungseliten im Kreuzfeuer

Im Falle von Desinformation steht das Verwischen der Schnittstelle zwischen Wahrheit und Lüge im Zentrum der Zielsetzung. Die Intention dahinter bleibt dabei aber immer gleich. Zwei Beispiele seien an dieser Stelle genannt: Die französische Hauptstadt Paris litt im Sommer 2023 unter einer massiven Bettwanzenplage, die in den sozialen Netzwerken eine regelrechte Hysterie auslöste. Doch so ausgeprägt, wie es dargestellt worden ist, war diese angebliche Plage wohl gar nicht. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass es zwar einen leichten Anstieg der Bettwanzenfälle gab, jedoch mitnichten eine echte Plage. Es wird von französischer Seite vermutet, dass gezielte russische Desinformation hinter der Hysterie steckt (WDR 2024). So kursierten Falschinformationen, dass das Bettwanzenproblem im Zusammenhang mit der Ankunft ukrainischer Geflüchteter stünde. Sollte sich dieser Verdacht gegen Russland erhärten, zeigt dieser Vorfall den Versuch, eine europäische Gesellschaft zum einen zu destabilisieren und zum anderen gegen die Ukraine aufzuwiegeln. Das Kalkül dahinter: Die Pariser Behörden sollten angesichts einer derartigen Plage unfähig wirken, hygienische Zustände in der Hauptstadt Frankreichs aufrechtzuerhalten.

Das zweite Beispiel: Der deutsche Kanzler Friedrich Merz, der französische Präsident Emmanuel Macron und der britische Premierminister Keir Starmer sollen auf ihrer gemeinsamen Zugreise nach Kiew angeblich Kokain konsumiert haben. Diese Falschnachricht verbreitete sich Mitte 2025 mithilfe rechter und verschwörungstheoretischer Netzwerke, insbesondere auf sozialen Plattformen wie X. Das Narrativ wurde ebenso von staatlichen Stellen

und Desinformationsnetzwerken in Russland weiterverbreitet, wie dies die russische Außenamtssprecherin Marija Wladimirowna Sacharowa und die Chefredakteurin des russischen Fernsehsenders RT, Margarita Simonjan, taten (vgl. Siggelkow 2025). Dabei handelt es sich keineswegs um einen Einzelfall: Regelmäßig verbreitet die russische Propaganda Desinformationen über vermeintlichen Drogenkonsum von europäischen Führungseliten (vgl. ebd.). Das Ziel solcher Kampagnen: Europäische Führungseliten in den Augen der Bevölkerung in ein schlechtes Licht rücken, sie zu diskreditieren, als unzurechnungsfähig darzustellen und somit ihre Legitimität infrage zu stellen.

Umso gefährlicher werden Desinformationen über staatliche Führungskräfte, seitdem die KI über sogenannte *Deepfakes* digitale Abbilder von ihnen erschaffen kann. Täuschend echte Bilder und Videos sowie aus den echten Stimmen konstruierte Tonspuren sind die perfekte Grundlage dafür, um schädliche Falschinformationen ohne Umwege an die Bevölkerung heranzutragen. Politische Eliten verlieren durch *Deepfakes* die „Kontrolle über das eigene Abbild“ (Tsetsos 2023: 3) und damit die Autorität darüber, was in ihrem Namen verbreitet wird. Das schwächt ihre Souveränität in ihrer Funktion als Staatsvertreter(innen). Und auch hierbei gilt: Selbst dann, wenn solche *Deepfakes* und damit zusammenhängenden Falschinformationen aufgedeckt und richtiggestellt werden, bleiben Zweifel bestehen. Bei der Bevölkerung entsteht das Gefühl, offiziellen Bildern und Videos nicht mehr trauen zu können, da es sich immer um ein *Deepfake* handeln kann. Dadurch sinkt automatisch das Vertrauen in den Staat. Die Gefahr besteht, dass selbst echten Aufnahmen und Aussagen nicht mehr geglaubt wird. Keine Frage: Das ist ein enormes Problem für staatliche Führungsfiguren, da ihnen so ein wichtiger Bestandteil ihrer politischen Legitimität genommen wird.

Unregulierte KI hat in Zukunft sogar das Potenzial, unsere Wirklichkeit massiv zu verändern. „Dabei geht es darum[,] den Raum und die Zeit der Realität eines Gegners zu kontrollieren“, schreibt der Politikwissenschaftler und Sicherheitsexperte Konstantinos Tsetsos treffend in einer Studie des „Metis Institut für Strategie und Vorausschau“, das an der Universität der Bundeswehr München am Standort Neubiberg angesiedelt ist (Tsetsos 2023: 6). So sollen „staatliche Handlungen, gesellschaftliche Präferenzen und Positionen sowie wirtschaftliche Tätigkeiten“ ganz bewusst gelenkt werden (ebd.). Russische Desinformation nutzt schon heute sowohl solche gesellschaftlichen Erosionsprozesse als auch den zunehmenden Vertrauensverlust zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Eliten für eigene Zwecke aus. Sie verbreitet parallele Narrative und schafft es in Teilen der Zielbevölkerung sogar, diese zu etablieren. Man denke nur daran, wie insbesondere links- und rechtsextreme Kreise russische Propaganda über den Krieg gegen die Ukraine perpetuieren und so den öffentlichen Diskurs manipulieren. Und nicht nur das: Der politische Willensbildungsprozess soll für eigene Zwecke missbraucht werden. In Russland gibt es eine Propagandaeinheit, deren erklärtes Ziel es – zumindest laut geleakter Dokumente – ist, die Wahlergebnisse der Partei „Alternative für Deutschland“ (kurz: AfD) zu verdoppeln (Sicherheitshalber 2025). Welchen Einfluss die wachsenden Bundes- und Landtagsitze der AfD für die deutsche Demokratie und damit auch für die staatliche Handlungsfähigkeit in der Bundesrepublik haben, erleben wir immer öfter in Koalitionsverhandlungen.

Das ist umso problematischer, als dass viele europäische Bürgerinnen und Bürger die etablierten Parteien als „schwach“ wahrnehmen. In Deutschland herrscht große Unzufriedenheit mit der Bundesregierung in Zeiten von Wirtschaftsflaute, kaputtem Rentensystem, leeren Sozialkassen, maroder

Infrastruktur, fehlenden Kitaplätzen und so weiter und so fort. Teile der Bevölkerung, und zwar nicht nur an den politischen Rändern, empfinden den Staat – schon ohne ausländische Einflussnahme – als „dysfunktional“. Russische Desinformation setzt an genau dieser Schwachstelle an und tut ihr Übriges, damit die Menschen glauben, der Staat könne seine Aufgaben nicht mehr länger erfüllen – sei es in seiner Schutzfunktion oder im Gewährleisten einer stabilen Infrastruktur.

Von autoritären digitalen Räumen

Dass Menschen immer mehr Zeit im digitalen Raum und vor allem in sozialen Medien verbringen, führt dazu, dass sich auch immer mehr Teile der Öffentlichkeit und des öffentlichen Diskurses ins Internet verlagern. Heutzutage werden die problematischen Auswirkungen dieser Verlagerung deutlich: So ist der digitale Raum weniger verrechtlicht als der analoge Raum. Befürworterinnen und Befürworter eines wenig regulierten Internets argumentieren, dass das gerade im Zusammenhang mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung auch eine wichtige Eigenschaft des Internets sei. Die Möglichkeit zur Anonymität biete gefährdeten Individuen oder marginalisierten Gruppen die Möglichkeit, für ihre Themen einzustehen, ohne negative Folgen für ihr Leben im analogen Raum befürchten zu müssen. Zudem gebe es Strafbestände wie Beleidigung, Verleumdung oder Drohung, die sowohl für den digitalen als auch für den analogen Raum gelten.

So waren die kritischen Stimmen recht laut unterwegs, als die EU im Jahr 2022 den DSA beschloss, der den rechtlichen Rahmen für Onlineplattformen verschärfte. Das Gesetz verpflichtet die Betreiber(innen) von solchen Plattformen dazu, gegen rechtswidrige Inhalte vorzugehen. Große Dienste mit mehr als 45 Millionen Nutzerinnen und Nutzern pro Monat müssen ihr Angebot zudem auf

nicht näher ausgeführte „systemische Risiken“ hin prüfen (Windwehr 2025). Die Nutzung von sozialen Plattformen als Vehikel für staatlich gelenkte hybride Kriegsführung sollte eigentlich unter genau diese systemischen Risiken fallen. Doch das Problem liegt in der Umsetzung durch die jeweiligen Betreiber(innen) und in der Durchsetzung vonseiten der EU. Neben fehlendem Personal in den umsetzenden Behörden der EU-Mitgliedstaaten (vgl. ebd.) kommt erheblicher Gegenwind aus den USA unter Trump 2.0. Die CEOs aus dem *Silicon Valley* nutzen ihren Einfluss auf den US-Präsidenten Donald J. Trump als politischen Hebel. Dieser drohte der EU mehrfach mit Vergeltungszöllen für die Regulierung von US-Konzernen wie Google, Meta, Amazon oder Apple (Sweney 2025). Im Dezember 2025 belegte die Trump-II-Administration den ehemaligen EU-Kommissar Thierry Breton mit einem Einreiseverbot. Breton war während seiner Amtszeit maßgeblich an der Ausarbeitung des DSA beteiligt (Tagesschau 2025). Was aus der jüngst verhängten 120-Millionen-Strafe der EU für die Plattform X wegen KI-generierter pornografischer *Deepfakes* wird, bleibt abzuwarten. Kritik aus dem Weißen Haus folgte zumindest umgehend (Die Zeit 2025).

Das inflationäre Ansteigen von Desinformation auf sozialen Plattformen hat bisher gezeigt, dass existierende Gesetze wie der DSA nicht ausreichen, um gegen diese Form der hybriden Kriegsführung vorzugehen. Der Computerwissenschaftler und politische Autor Robin Berjon geht im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung* noch weiter: „Wir haben uns die digitale Infrastruktur nehmen lassen [...]. Und wenn deine Infrastruktur autoritären Regeln folgt, dann lebst du in einer autoritären Welt“ (Deininger/Strittmatter 2025). Damit ist gemeint, dass Staaten in digitalen Räumen nicht genügend Mittel haben, um die eigenen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Dies ist insofern problematisch, als dass sie sich selbst und ihre Bürger(innen) im

digitalen Raum nicht ausreichend vor Desinformationsangriffen schützen können. Mit dem Ausfall dieser Schutzfunktion verlieren europäische Staaten partiell die Fähigkeit, ihrer wichtigsten Aufgabe ordnungsgemäß nachzukommen. Das bedeutet einen erheblichen Verlust an staatlicher Souveränität.

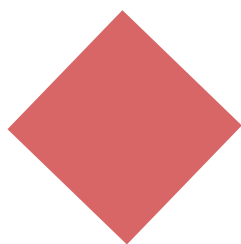
Fazit und Ausblick

In dem hybriden Informationskrieg, in dem wir uns in Europa befinden, greift feindliche, oftmals russische Desinformation unsere demokratische Souveränität an. Sie tut es, indem sie die europäischen Führungseliten als handlungsunfähig, degeneriert und wenig interessiert am Wohle ihrer Bevölkerungen darstellt. Sie tut es, indem sie etablierte Parteien verunglimpft und extreme Parteien unterstützt. Sie tut es, indem sie den digitalen Raum mit Falschinformationen flutet, denen Demokratien aufgrund ihrer zurecht starken Meinungsfreiheitsrechte und weniger zurecht unzureichenden Resilienz-Werkzeugen kaum etwas entgegenzusetzen haben. Durch den erzeugten Vertrauensverlust verlieren europäische Regierungen und ihre ausführenden Administrationen an Vertrauen und damit an demokratischer Legitimität – dem zentralen Merkmal innerer Souveränität demokratischer Staaten. Wie feindliche Kräfte in Zukunft mithilfe mächtiger Technologien wie die KI die Grenzen zwischen Lüge und Wahrheit noch weiter zu verwischen vermögen, können wir heute bereits erahnen. Unabhängige Entscheidungsfähigkeit, ein weiteres Kernmerkmal staatlicher Souveränität, könnte nahezu unmöglich werden.

Quellenverzeichnis

- Bernhard, Max/Hock, Alexej/Thust, Sarah (13.11.2024), „Doppelgänger: CORRECTIV-Recherchen legen russische Propaganda-Kampagne lahm“, Correctiv, <https://correctiv.org/faktencheck/russische-desinformation/2024/11/13/propaganda-desinformation-russland-recherchen-legen-doppelgaenger-kampagne-lahm/> [zuletzt geprüft am 01.02.2026].
- Bundeszentrale für politische Bildung (11.10.2024), „Dokumentation: Lesetipps: Russische Desinformationskampagne Doppelgänger in Deutschland. Russland-Analysen, Nr. 456“, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-456/555773/dokumentation-lesetipps-russische-desinformationskampagne-doppelgaenger-in-deutschland/> [zuletzt geprüft am 01.02.2026].
- Deininger, Roman/Strittmatter, Kai (03.10.2025), „Gar nicht wahr“, Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/luege-trump-putin-kretschmann-e159580/> [zuletzt geprüft am 02.02.2026].
- Die Zeit (05.12.2025), „EU-Kommission verhängt 120 Millionen Euro Strafe gegen X“, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-12/europaeische-union-kommission-x-strafe-gxe> [zuletzt geprüft am 28.01.2026].
- Erb, Sebastian/Schmitt, Jörg/Verschwele, Lina/Wiegand, Ralf (23.04.2025), „Russische Sabotage. Brandgefährlich“, Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/sabotage-wegwerfagenten-russland-putin-bnd-dhl-e221564/> [zuletzt geprüft am 12.01.2026].
- Herberg-Rothe, Andreas (25.10.2023), Clausewitz und Sun Tzu: Paradigmen der Kriegführung im 21. Jahrhundert“, Ukraine-Dossier, Bundeswehr, <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/ukraine-clausewitz-sun-tzu-pardigmen-kriegfuehrung-5693326> [zuletzt geprüft am 12.01.2026].
- Schubert, Klaus/Klein, Martina: Das Politiklexikon. Souveränität, Bonn: Dietz 2020, Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/kurz->

- [knapp/lexika/politiklexikon/18212/souveraenitaet/](https://knapp.lexika.politiklexikon/18212/souveraenitaet/) [zuletzt geprüft am 12.01.2026].
- Sicherheitshalber (02.11.2025), „Folge #100 LIVE in Hamburg: Kein Krieg, kein Frieden. Zum Umgang mit dem Dazwischen“, <https://sicherheitspod.de/2025/11/02/100-live-in-hamburg-kein-krieg-kein-frieden-zum-umgang-mit-dem-dazwischen/> [zuletzt geprüft am 02.02.2026].
 - Siggelkow, Pascal (12.05.2025), „Video mit Merz, Macron und Starmer sorgt für Aufregung“, Tagesschau, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/merz-macron-starmer-kokain-100.html> [zuletzt geprüft am 01.02.2026].
 - Sweney, Mark (26.08.2025), „Trump threatens tariffs on countries that ‘discriminate’ against US tech“, The Guardian, https://www.theguardian.com/us-news/2025/aug/26/donald-trump-tariffs-us-tech-uk-digital-services-tax-eu?utm_source=chatgpt.com [zuletzt geprüft am 12.01.2026].
 - Tagesschau (24.12.2025), „US-Einreiseverbote sorgen für Entrüstung in Europa“, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-einreiseverbote-hateaid-100.html> [zuletzt geprüft am 12.01.2026].
 - Thiele, Ralph (Hrsg.) (2023), Hybride Kriegsführung, Zukunft und Technologien, Wiesbaden: Springer VS.
 - Tsetsos, Konstantinos, Trends und Entwicklungen hybrider Bedrohungen, Metis Studie, Nr. 35, Juni 2023, Metis Institut für Strategie und Vorausschau, Universität der Bundeswehr München, <https://metis.unibw.de/de/publications/35-trends-und-entwicklungen-hybrider-bedrohungen> [zuletzt geprüft am 02.02.2026].
 - WDR (28.03.2024), „Bettwanzen-Hysterie in Paris: Desinformation aus Russland?“, <https://www1.wdr.de/nachrichten/bettwanzen-russland-desinformation-100.html> [zuletzt geprüft am 12.01.2026].
 - Windwehr, Svea (05.02.2025), „Trump vs. Europa: Welche Rolle der Digital Services Act spielt“, Heinrich-Böll-Stiftung e. V., <https://www.boell.de/de/2025/02/05/trump-vs-europa-welche-rolle-der-digital-services-act-spielt> [zuletzt geprüft am 12.01.2026].



Charlotte Nachtmann,
Mitglied und Autorin der KFIBS-Forschungsgruppen „USA/Transatlantische Beziehungen/NATO“ und „Europa/EU“
Kontakt: charlotte.nachtmann@kfibs.org
Webseite: <https://kfibs.org/ueber-uns/autorinnen-mitglieder/charlotte-nachtmann-b-a-m-a-doktorandin/>

© Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS)

Diese KFIBS-Analyse gibt ausschließlich die Meinung der Autorin wieder.

KFIBS e. V.

Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik, eingetragener Verein

Alle Bilder wurden mit DALL-E erzeugt, einem von OpenAI entwickelten KI-Modell zur Bilderzeugung. Die Bilder wurden auf der Grundlage spezifischer Eingabeaufforderungen für die KI erstellt, um die Analyse und die Diskussion in diesem Paper visuell zu unterstützen und zu verbessern.

Verantwortlich für Layout und Design:
Dr. Jakob Schwörer

